

Gemeinsame Erklärung der Migrantenorganisationen zum Stellenwert der Bildung in der Integrationsdebatte

Wir sind sehr besorgt, über die in den letzten Monaten geführte Diskussion über Einwanderung und Integration. Wir befürchten, dass dieser einseitige auf Schuldzuweisungen beruhende Diskurs der Integration und der Integrationsbereitschaft schadet.

Die aktuell von Regierungsparteien angestoßene Integrationsdebatte über aus bestimmten Kulturkreisen und Religionen stammenden Migrant/innen verstößt eindeutig gegen den Nationalen Integrationsplan (NIP) und gegen die gemeinsame Erklärung der Kultusministerkonferenz und der Migrantenvverbände vom 13.12.2007.

In diesem Zusammenhang ist die immer mehr um sich greifende Deutschpflicht auf den Schulhöfen besonders zu kritisieren. Dies führt zu Stigmatisierung der Migrantensprachen. Außerdem widerspricht sie internationalen und nationalen Vereinbarungen, die die Bundesregierung bzw. die Bundesländer unterzeichnet haben. Zu unterstreichen ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Europarecht die Muttersprachen der Wanderarbeitnehmer schützt und fördert. Eine Diskussion darüber, dass hier lebende Migranten die deutsche Sprache erlernen sollten, da dies zu allererst ihrem eigenen Interesse entspringt, braucht nicht geführt zu werden. Die Erstrangigkeit der deutschen Sprache ist für uns selbstverständlich. Nur über die Wege dazu sollte gesprochen werden. Dass aber Schulen ausgezeichnet werden, weil sie Migrantenkindern untersagen, in den Schulpausen ihre Muttersprache zu sprechen, stellt für uns einen gesellschaftlichen Skandal ersten Ranges dar.

Wir erinnern insbesondere an die **UN-Kinderrechtskonvention** (Artikel 2, 8, 29 und 30), welche Regelungen über Diskriminierungsverbot, Identität, Bildungsziele, Minderheitenschutz enthält.

„Art. 29: Die Bildung des Kindes muss darauf gerichtet sein ... dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten, den nationalen Werten des Landes, in dem es lebt, - und gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als der eigenen zu vermitteln.“

„Art. 30:

In Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder linguistische Minderheiten oder Ureinwohner gibt, darf einem Kind, das einer solchen Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, nicht das Recht vorenthalten werden, in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen seiner Gruppe seine eigene Kultur zu pflegen, sich zu seiner eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder seine eigene Sprache zu verwenden.“

Ebenso stellte die Kinderkommission des Deutschen Bundestages in ihren Erklärungen zum "Internationalen Jahr der Muttersprache" 2006 und 2007 fest: „Spracherwerb weist auch den Weg für eine erfolgreiche Integration. Dieser gelingt Kindern mit Migrationshintergrund am besten, wenn bei ihnen sowohl der Erwerb der deutschen Sprache, als auch der Muttersprache gefördert wird. Dazu bedarf es einer

deutlich verbesserten vorschulischen und schulischen Förderung, in die gleichfalls ihre Familien eingebunden sein müssen. Mehrsprachigkeit wird so zu einer Bereicherung für Kinder und Gesellschaft.“

Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Rede des Bundespräsidenten am Tag der Deutschen Einheit hin, in der er ein Nachholbedarf bei Unterrichtsangeboten in Muttersprachen festgestellt hat.

Doch diese auch wissenschaftlich mehrfach begründete Einsicht wird von der Bildungspolitik hierzulande nicht oder kaum berücksichtigt.

Die Fokussierung allein auf den Erwerb der deutschen Sprache lenkt von den eigentlichen Problemen wie selektives Bildungssystem, geringe Ausbildungsbeteiligung aufgrund von Diskriminierungen und hohe Arbeitslosigkeit unter Menschen mit Migrationshintergrund ab.

Die Organisationen forderten die Bundesregierung, die Kultusministerkonferenz und die Bildungspolitiker/innen auf Landes- und Bundesebene auf, eine tiefgreifende und radikale Reform des Erziehungs- und Schulsystems in Gang zu setzen, die die Mehrsprachigkeitskompetenz und den Wert sprachlicher und kultureller Vielfalt im Einwanderungsland Deutschland anerkennt und fördert.

Unterzeichner/innen:

- Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände
- Bundesverband Deutsch-Arabischer Vereine in Deutschland
- CGIL-Bildungswerk
- Dien Hong-Gemeinsam unter einem Dach
- Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland
- Türkische Gemeinde in Deutschland
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften
- Verband Griechischer Gemeinden